

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Verlag: Der Rote Stern, Halle, Verdenstraße 14. Preis: 15 Pf. Inhalt: 16 Seiten. Redaktion: Halle, Verdenstraße 14. Druck: Halle, Verdenstraße 14. Vertrieb: Halle, Verdenstraße 14.

Preis 15 Pf. Halle, Dienstag, 12. November 1929 9. Jahrgang * Nr. 249

Sozialdemokratie als Stützpunkt des Faschismus

Vor dem Bürgerkrieg in Oesterreich

Bewaffnete Aufmärsche der Heimwehren — Kommunistische Gegendemonstration in Wien verboten

Solidarität mit Oesterreichs Proletariat

Kein Großes und keine Stimme für Nazis, Heimwehren und ihre SPD-Helfer!

(Eig. Drahtber.) Wien, 12. November.

Oesterreich steht unmittelbar vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs. Am heutigen Staatsfeiertage planen die Heimwehren im ganzen Lande bewaffnete Aufmärsche. Die Sozialdemokratische Partei hat nach Rücksprache mit der Polizei darauf verzichtet, die Arbeiterbewegung zu bewaffneten Aufmärschen zu lassen.

In einigen Städten wird, nach dem Vorbild von München, die Schutzband unter dem Schutze der Polizei demonstrieren lassen. Der für heute geplante kommunistische Massenaufruf wurde verboten.

Heimwehren haben in allen größeren Städten Oesterreichs, besonders in der Steiermark, starke bewaffnete Abteilungen. In der Steiermark verfügt die Heimwehr über mehr als 65 000 kriegstüchtige und schwerbewaffnete Mannschaften. Außerdem besitzen sie 800 Maschinengewehre, 24 Flammenwerfer, 6 Minenwerfer, etwa 20 Flugzeuge und einen großen Autopark. In Wien allein stehen etwa 2000 schwer bewaffnete Heimwehren, darunter viele deutsche Hitler-Leute.

Das oesterreichische Industriegebiet ist von Heimwehren umschlossen. In Donauaich steht das mit Stahl- und Eisenwerkzeugen ausgerüstete „Weiße Arbeiterbattalion“.

Die oesterreichische Faschistenarmee wird finanziert von der deutschen Montangesellschaft, deren Aktienkapital

sich zu 66 Prozent in Händen der deutschen Vereinigten Stahlwerke befindet, die auch das Volksbegehren finanziert haben. Die Heimwehren erhalten von der Alpinen Montangesellschaft monatlich über 20 000 Schilling. 6000 Schilling fließte die Tiroler Landesregierung zu.

Der Ausbruch des offenen Bürgerkrieges in Oesterreich steht unmittelbar auf der Tagesordnung.

Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß die Heimwehren den heutigen Staatsfeiertag benutzen, um ihre ultimative Drohung wahrzumachen und durch einen Putsch die faschistische Diktatur aufzurichten.

Das deutsche Proletariat und seine rote Wehrgeneration, die deutschen Kommunisten, stehen Gewehr bei Fuß zum Kampf bereit.

Demonstrationsverbot für Arbeiter

(WIB.) Wien, 11. November.

Die von der kommunistischen Partei Oesterreichs für morgen geplante öffentliche Versammlung auf dem Freiheitsplatz, ebenso wie der beabsichtigte gemeinsame Zug der Versammlungsteilnehmer über die Ringstraße wurden von der Wiener Polizeidirektion verboten.



Heimwehren rüsten zur Kommunalwahl. Verkauf einer Propagandafläche

(Bekanntlich hat die Regierung Mussolinis nicht nur das Wählerstimmenvermögen raubiert, sondern es bezieht seit Jahren auch ein faschistisches „Geheiß“ über den 8-Stundentag!)

Die Bühne

Wir lesen auch im Bericht, daß die Arbeiter durchschnittlich 20 Lire am Tage verdienen und sich mit der Behandlung sehr zufrieden zeigen. Die Wahrheit ist aber die: der Kollektivvertrag schreibt ein Lohnminimum von 14,60 Lire vor, hingegen verdienen die Grubenarbeiter bei festem Lohn 12,70 Lire am Tage, und die Arbeiter bringen es in den 6 Stunden auf 15, — Lire bei einer ununterbrochenen Arbeitszeit von 14 oder 15 Stunden! ...

Wir können hinzufügen, daß nicht nur die Grubenarbeiter so behandelt werden, sondern alle Arbeiter, wie z. B. die Mediziner, die Maurer usw., die nie einen Tageslohn von 10 Lire erreichen können!

Die Todesopfer

Wie kann man die Journalisten behaupten lassen, daß seit 20 Jahren keine Inzidenz in der Grube vorkommen? Gerade am Tage vor dem Besuch der Journalisten-Karawane (am 16. Oktober) fand ein armer Burische den Tod auf der Arbeitsschicht, er wurde überfahren. Und hat man schon die Opfer vom 15. Februar 1928 vergessen? Sieben Tote und zwölf Schwerverletzte an einem einzigen Tage! Und weitere drei Tote seit Januar bis heute! Und die vielen anderen, die unter den schändlichen Umständen des Schwefelbaues „im Stillen“ sterben! ...

Wenn es den Arbeitern so gut geht, wie es der Bericht schildert, warum erstreckt sich dann die ununterbrochene Auswanderung nach Frankreich?

Die Wahrheit noch schlimmer!

Um zum Schluß zu kommen, erklären wir, daß die Wahrheit so ist, wie wir sie hier flüchtig beschrieben haben, und nicht so, wie man die Journalisten erzählen läßt.

Und auch diese ist vielleicht noch nicht die ganze Wahrheit, denn, um die ganze Wahrheit zu beschreiben, könnte man nie die Aufzählung beenden! ...

Wer ist Schuld?

Die Erklärung des faschistischen Gewerkschaftsbüros wäre keine „faschistische“ Erklärung, wenn sie nicht — unmittelbar nach den letzten Tagen — mit den Worten schließen würde:

„Für all das wollen wir jedoch keine Auflage gegen die Unternehmer erheben. Wir haben das alles nur getan, um die ungewollten Ungenauigkeiten, wie sie in der Zeitung erschienen sind, richtigzustellen.“

Kann es hierauf noch Arbeiter geben, die faschistisch oder sozialfaschistisch meinen? Am 12. November alle Stimmen der KPD.

Die Wahrheit über Mussolinien

Das Zukunftsland der Hakenkreuzler im Spiegel der faschistischen Presse

(KPM.) Rom, den 3. November.

Die Regierung der Arbeiterfront Südtirols und Südtirols über den Bericht der faschistischen Presse über die faschistischen Gewerkschaften hier, können wir sagen, überläßt die Tagesblätter der faschistischen Presse vollständig zu entscheiden.

Zur Schilderung, in der Form einer öffentlichen Erklärung, ist von Seite der Propagandabereitschaft der faschistischen Gewerkschaften ein Artikel vom 2. November d. J. auf der ersten Seite des „Stato“, unter dem Titel: „Die Wahrheit über die Lage der Schwefelgrubenarbeiter“ veröffentlicht.

Wir geben die wichtigsten Stellen dieses offiziellen faschistischen Dokuments in deutscher Übersetzung wieder:

„Die Arbeiterbewegung der Presse haben wir im „Zukunft“ einen Artikel über die faschistischen Schwefelgruben, der über die Grube „Arabia“, gelesen.“

Die Arbeitsbedingungen

„Nicht wahr, daß die Gesellschaft den Bau von Wohnhäusern für die Grubenarbeiter eingeleitet hat. Vielmehr sind die Arbeiter jeden Abend in ihre Dörfer zurückgehen und über 8 Kilometer zurücklegen.“

„Neben der Grube selbst, 400 Meter muß man mit dem Drahtseil hinauf, um ins Innere der Grube zu gelangen. Aber die Arbeiter dürfen im Anfang nicht sehr erdenn, zu Fuß ins Innere der Grube gelangen und 2000 Stufen zurücklegen. 2800 Stufen am Morgen und ebenso am Abend, 5600 Stufen hin und zurück!“

Die Kinderarbeit

„Den kranken und humanitären Einrichtungen für die Kinder unter 15 Jahren wollen wir lieber gar nicht zuhören.“

„Die Besuche der Journalisten — wie übrigens bei anderen Gelegenheiten, bei denen man eben einen „guten Tag“ sagen muß — wurden alle Kinder im Alter von 11

bis 14 Jahren auf Befehl der Direktion aus den Gruben entfernt ...“

Die Arbeitsverträge

„Gemäß des Kollektivvertrages vom 4. September 1927 müßten die Arbeitsmittel von der Gesellschaft geliefert werden. In Wirklichkeit sind sie aber von den Arbeitern auf eigene Kosten beschafft worden ...“

„Ein Kollektivvertrag besteht zwar, er wird aber von der Gesellschaft überhaupt nicht beachtet, trotz der zahlreichen Interventionen bei der Provinzföderation der Untertunergewerkschaft.“

Die Arbeitszeit

„Und was die Arbeitszeit anbelangt, so ist der 8-stündige Arbeitstag, den der Artikel 4 des Kollektivvertrages vorschreibt, nichts als nur ein Märchen oder eine Lüge. Die Arbeiter müssen 10 bis 14 Stunden am Tage arbeiten ...“

Telegramm aus Moskau:

An HEINRICH SCHMITT, Arbeiterratsvorsitzender des Leuna-Werkes, Kreis Merseburg
Leuna-Delegation sendet brüderliche Grüße allen Arbeitern der Leuna-Werke. Verbindung mit den Arbeitern der Fabrik Krassny Trugolnik, Leningrad, aufgenommen. Eindrücke über sozialistischen Aufbau übertreffen alle Erwartungen. Weitere Berichte folgen.
Leuna-Delegation.

Die Gemeindearbeiter

und unteren Beamten sind den rückständigsten Tarifverträgen unterworfen. Die Kommunisten kämpfen für höhere Löhne, für die Abschaffung der 150 Lohnstufen, für den Siebenstundentag in den Gemeindebetrieben.

17. November muß der kommunale Arbeiter und Angestellte nur der Liste 3, der KPD., seine Stimme geben!
11. Jahrgang 2. Beilage
Klassenkampf
12. November 1929

Kommune im Wirtschaftskampf

Die Betriebe vor die Front

Schlußpunkt unserer gesamten Arbeit, auch bei der Wahl, ist der Betrieb. Wird von diesem Grundlag abgewichen, so ist die Gefahr der reformistischen Entgleisung und der oberflächlichen Propaganda. Unser Ziel ist die Gewinnung der Arbeiter für die Revolution. Unser Ziel ist die Aufhebung der parlamentarischen Diktatur, die nur im revolutionären Kampf errichtet werden kann. Der Ausbau der Betriebe zu Hochburg der Revolution ist die elementare Voraussetzung für einen ziffleren bolschewistischen Kampf. Der Kommunalwahlkampf steht gerade jetzt bei der Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe in enger Verbindung mit unserer Arbeit. Diese Fragen können nicht voneinander losgelöst werden. In jedem einzelnen Betrieb sind Mitteldeutschland einer politischen Kampflinie. Die Auswirkungen des Young-Planes werden eine rapide Veränderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringen. Die Verantwortung hat uns gegeben, daß die Kommune bei den Wirtschaftskämpfen keine zu untergeordnete Rolle spielt. Bei dem großen Kampf im vorigen Jahr, der mehr als 210.000 Metallarbeiter an der Ruhr in geschlossenem Streik zum höheren Löhne wurden die Kommunen aktiv in den Kampf einbezogen.

muß, daß die kommunistischen Vertreter es sind, die jede Aktion der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lebenslage mit allen Mitteln unterstützen. Darum haben die Betriebsarbeiter ein großes Interesse an einer starken kommunistischen Fraktion im Gemeinde- und Stadtparlament. Darum wählt der Arbeiter und die Arbeiterin am 17. November nur die kommunistische Liste!

Gerete auf Dummengang

Aus dem Pressebüro des Verbandes der preussischen Landgemeinden entnehmen wir eine Mitteilung vom 5. November d. J. über die Lage der Gerete. Eine vorläufige Einheitsliste* schreibt der altbekannte und schon oft als Kämpfer gekennzeichnete Landrat Dr. Gerete, daß es ihm gelungen sei, in Westfalen, einer der größten Landgemeinden des Kreises Torun, dem Heimort des Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, sämtliche politischen Richtungen von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten und sämtliche Wirtschaftsklassen für die Kommunalwahlen auf einer Einheitsliste zu vereinen. Wir stellen dazu fest, daß Gerete auf Täuschung ausgeht. In Westfalen gibt es nach dem Ermessen überhaupt keine kommunistische Parteiorganisation. Es existiert dort keine Gruppe der KPD. Die eine solche Liste mit kommunistischen Bezeichnungen unterstützen könnte.

Forderungen der Kommunisten für die Gemeindebetriebe

- a) Arbeiterforderungen in Kommunalbetrieben
1. Erhöhung der Löhne für die Gemeindearbeiter, der Gehälter für die Angestellten und Abschlässe der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen zwischen Kommunalparlament und Arbeiterschaft.
2. Siebenstundentag bzw. die 40-Stunden-Arbeitswoche; Verbot jeder Überarbeitsleistung.
3. Abschaffung der Lohnskizzen... Schaffung von zwei Gruppen, für gelehrte und ungelehrte Arbeiter.
4. Gewährung eines Erholungsurlaubes von mindestens vier Wochen.
5. Auflösung der Kommunal-Arbeitgeberverbände und ihrer Tarifverträge.
6. Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten in die Ruhegehaltungsordnung der Beamten.
7. Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretung in den kommunalen Körperschaften.
b) Kommunalisierung und Massenvorsorgung
1. Überführung aller gemischtwirtschaftlichen Betriebe und der sogenannten städtischen Aktiengesellschaften in kommunale Regie.
2. Abgabe von Gas, Wasser und Elektrizität zum Selbstkostenpreis.
3. Beseitigung der Gas- und Elektrizitätszählermiete.
4. Weitestgehende Ausdehnung des Verkehrsnetzes aller Verkehrsmittel auch in die noch schwach bewohnten Arbeiterviertel.
5. Verbilligung der Tarife für die arbeitende Bevölkerung; Beseitigung der Übererschuldenlast.
6. Freie Fahrt auf allen Verkehrsmitteln für alle Erwerbslosen, Kriegesbeschädigten und übrigen Unterstützungsempfänger.

Kommunistische Partei stellt in den Kommunalparlamenten Forderungen zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter.

Die gesamte Front des Unternehmertums und der Gewerkschaften wird verzweifelt diese Unterstützungsforderungen ab, um den Kampf der Metallarbeiter schneller und gründlicher abzuwickeln. Bei dem letzten Mitteldeutschen Metallarbeiterstreik wurde ein ähnlicher Kampf im Provinzialparlament geführt. Die kommunistische Fraktion beantragte, eine Summe von 500.000 Mark für streikenden Metallarbeiter bereitzustellen.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter wählen rot

Die bürgerliche Gemeinde ist das Volksorgan der kapitalistischen Klasse. Die sozialdemokratisch-bürgerlichen Kommunalverwaltungen vertreten die Interessen ihrer kapitalistischen Auftraggeber mit brutaler Imperialität gegen die Gesamtarbeiterschaft und gegen die Gemeinde- und Staatsarbeiter insbesondere. Bei der Aufhebung der imperialistischen Gegenstände und den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion wird eine noch härtere militärische Ausrichtung Deutschlands, eine weitere Finanzentleerung der Kommunen zur Folge haben. Dieser sozialistische Kriegspurs wird die Sozialfürsorge der Gemeinden fast gänzlich ausfallen und

Schamloser Lohnbetrug

Es zeigt sich auf der anderen Seite, daß die Gesamteinnahmen der Gemeinden allein zu 18 Prozent aus den Überschüssen bestehen. Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber machte diese Feststellung auf der Tagung der Demokratischen Partei im September d. J. Diese Überschüsse können nur durch die verschärfte Ausbeutung im Betrieb und durch die Wucherpreise der städtischen Anstalten erzielt werden.

Städtischen Arbeiter haben im bürgerlichen Staat nur

das Recht, sich ausbeuten zu lassen

Die Ausbeutung der Arbeiter in den städtischen Betrieben ist besonders durch die harte Verzehrung der Wohlhabensarbeiter bedingt. Aber darüber hinaus wird die Tätigkeit der Betriebsarbeiter in den Gemeindebetrieben durch die sozialistische-bürgerliche Ausbeutung fast unterbunden. Nicht einmal geistige Berufe und die Betriebsrätegehilfen werden von den Kommunalverwaltungen befolgt. Die bürgerliche Gemeinde verweigert den Betriebsarbeitern den Zutritt und die Mitbestimmung in den kommunalen Körperschaften.

Die bürgerliche Gemeinde ist das Volksorgan der kapitalistischen Klasse. Die sozialdemokratisch-bürgerlichen Kommunalverwaltungen vertreten die Interessen ihrer kapitalistischen Auftraggeber mit brutaler Imperialität gegen die Gesamtarbeiterschaft und gegen die Gemeinde- und Staatsarbeiter insbesondere. Bei der Aufhebung der imperialistischen Gegenstände und den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion wird eine noch härtere militärische Ausrichtung Deutschlands, eine weitere Finanzentleerung der Kommunen zur Folge haben. Dieser sozialistische Kriegspurs wird die Sozialfürsorge der Gemeinden fast gänzlich ausfallen und

Städtischen Arbeiter haben im bürgerlichen Staat nur

das Recht, sich ausbeuten zu lassen

Die Ausbeutung der Arbeiter in den städtischen Betrieben ist besonders durch die harte Verzehrung der Wohlhabensarbeiter bedingt. Aber darüber hinaus wird die Tätigkeit der Betriebsarbeiter in den Gemeindebetrieben durch die sozialistische-bürgerliche Ausbeutung fast unterbunden. Nicht einmal geistige Berufe und die Betriebsrätegehilfen werden von den Kommunalverwaltungen befolgt. Die bürgerliche Gemeinde verweigert den Betriebsarbeitern den Zutritt und die Mitbestimmung in den kommunalen Körperschaften.

Übertragung des Regierungs-Vizepräsidenten Hermann

„Vorwärts“ hat der preussische Minister des Innern dem Reichstag die Übertragung des Regierungs-Vizepräsidenten Hermann Hermann vorkommend. Hermann soll an dem Reichstag die Übertragung des Reichsministeriums für die Reichsregierung über die Beteiligung von Beamten an der Reichsregierung schriftlich und mündlich (harte Kritik) geben und die Reichsregierung schriftlich und mündlich (harte Kritik) geben und die Reichsregierung schriftlich und mündlich (harte Kritik) geben.

Magdeburg. Ein Sparfaskenrüber gefangen

Magdeburg. Ein Sparfaskenrüber gefangen. Ein Mannabend nahm drei Beamte der Kriminalpolizei in der Jakobstraße den vierfachen vorbestraften Ein- und Ausbrecher Hermann Korbum aus Darsdorf fest. Korbum gesteht zu den Tätern, die den Raubüberfall auf die Braunschweiger Landesparafasche verübten.

Der Reichsmanteltarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Der Reichsmanteltarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter bestimmt die bezifferte Vereinbarung der Löhne. Dadurch ergibt sich eine Tarifregelung in 20 kommunalen Arbeitgeberverbänden. Hinsin kommt noch, daß durch die Lohnskizzenregelung die Gehaltsgruppen der unteren Angestellten und der Gemeindearbeiter, etwa 150 Gehaltsgruppen sind augenblicklich vorhanden, einfach traglos bedacht sind. Bisher waren es nur die Kommunisten, die energig gegen dieses ungerechte Lohnsystem eintraten und in den Kommunalparlamenten für die Erhöhung der Löhne der Staats- und Gemeindearbeiter eintraten. Die Kommunisten sind es auch, die die Abschaffung der ungeheuren Lohnskizzen zugunsten der unteren Gehaltsstellen fordern. Es soll in den Arbeitertreffen keinesfalls ein Abbau der Löhne, sondern ein regulärer Aufbau vorgenommen werden. Die ungefähr 150 vorhandenen Gehaltsgruppen sollen dabei auf zwei Gruppen reduziert werden. Das ist die Gruppe für gelehrte und ungelehrte Arbeiter.

Neuen Tag neue Selbstmorde in Leipzig

Neuen Tag neue Selbstmorde in Leipzig. Am Morgen wollte sich in ihrer Wohnung eine Buchhändlerin mit Leuchtgas vergiften. Sie hatte einen langen Brief an den Gastgeber in der Küche nach ihrem Schlaf beendet und den Ofen geöffnet. Ihr zehn Jahre alter Sohn sah das Stöhnen der Frau aufmerksam und stellte das Gas, worauf er zum Arzt lief. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht.

Überbeide (Sarg). Ein interessanter Fund

Überbeide (Sarg). Ein interessanter Fund. Bei den Grabarbeiten an der Spezialgrube wurde ein verrosteter Sarg gefunden, der von Schwefelwasserstoff auf ein Alter von mehreren Millionen Jahren geschätzt wird. Der Sarg trägt auf dem Rücken ein erhabenes Relief, ähnlich in Art eines Spinnwebens und glänzt infolge der Verfeinerung in mehreren Farben.

Lügner am Pranger!

Die Lügner behaupten frech, die Verhandlungen des Er...

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wiederholte, die Unterflügelung empfangt oder beantragt...

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Wichtig für alle Unterflügelungsempfänger!

Zu Wohl Kampfstimmung in Mansfeld

Aber nicht für Wahl demagogischer Fäden der sozialfaschistischen Gewerkschafts-

Die Wähler der Sozialfaschisten, das falsche Volksblatt und die...

Bemerkenswert ist, daß in den Zeitungsartikeln davon gesprochen...

Der jüngste Betriebsmord ... Von der Hochplanung erschlagen

Die Gräueltaten in der Fabrik: "Beim Betreten einer schadhafte" elektrischen Lokomotive...

Hier ist jeder Kommentar überflüssig. Die eigene Meldung der Gräueltaten...

Einen Tag nach dem 17. November soll dann der Schlichter für...

Betrachten wir ein wenig die Dinge, wie sie liegen und wie sie...

Als am 9. Juni 1927 der mitteldeutsche Schlichter einen Schand-

Trotz dieses demagogischen Gempekens machte die Mansfeld A.G.

Die Kupferpreise stiegen von 1215 Mark pro Tonne im Jahre 1927...

Diese reformistischen Argumente nutzte die Mansfeld A.G. weid-

Sie getreuer Heißhohn der Mansfeld-Direktoren nutzte der...

Am 6. November haben bereits die ersten Verhandlungen statt-

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Rumpels, es kommt lediglich auf Eure Kampfkraft an, die Ihr...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Die Mansfeld A.G. hat bei einem Kupferpreis von 1215 Mark...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Der Fabrikarbeiterverband dreht einen Film

Minimierender Leinwand könnt Ihr bald bewundern wie Bonzen Chemieaktien kaufen ...

Gewerkschaftler wählen nur Liste 3

Betrieben hinausgeschoben werden. Wenn man noch ein übriges...

Wir gelangt, sollen die Vorkläger nicht ausreichen, wären wir...

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Der FWA-Vorstand kann versichert sein, wir werden nicht ver-

Margarine Danon im Blauband doppelt so gut

Der rote Wähler für die Werktätigen von Hunger-Mansfeld

Wie Lohnkämpfe der Bergarbeiter niedergedrückt werden sollen — Das Rezept der Sozialdemokratie

Die SPD ist in Mansfeld schwer im Druck. Eine große Anzahl Korruptionsfälle haben an ihr. Da wüßten die Wähler kein anderes Mittel als mit den gemeinteten Klagen zu argumentieren. Gegen die SPD müßte die SPD am meisten. Rückwärtslos werden die Kommunisten als Schandpaten der sozialdemokratischen Führer auf. So schreibt Claus weiterbrannt in der „Mansfelder Volkszeitung“:

„Die Kommunisten können im Wahlkampf nur beweisen, daß sie mit Wahlen gegen die Herrschaft der Mansfelder U.G. gekämpft haben.“

Mit demartigen Geleire will die SPD gegen die SPD zu Felde ziehen. Wahr ist aber, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Mansfelder Bergarbeiter seit Jahren betrügen. Durch ihre andauernden Kapitalisationen vor der Mansfelder U.G. hat dieselbe nimmer einen Vorstoß unternommen, um die Löhne zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Der Schloßbruch, der berüchtigt ist, wird bis auf den Montag nach den Wahlen verschoben werden. Man will die Bergkumpeln erneut betrügen und das können die Bürgerlichen und die sozialdemokratische Partei vor den Wahlen nicht vertragen.

Claus hat in einer öffentlichen SPD-Verammlung in Eisleben ausgegeben, daß er den Krieg geschrieben hat. Hiermit ist bekräftigt, daß die SPD-Korruption gar nicht genügt ist, gegen die Mansfelder U.G. zu kämpfen, sondern sie verteidigt noch die Trübsbourgeoisie. Sie ist nicht imstande, „auskömmliche Löhne zu zahlen.“ — Das erklärt ein SPD-Spitzenfunktionär! Schlimmer ist die Mansfelder Bergarbeiterheit noch nicht verraten worden, wie durch Claus. Er arbeitet genau so wie die reaktionären Landräte der Kreiszeitung. Diese höchsten Mitglieder beim großen Bergarbeiterfreitag im Jahre 1909 nach Mansfeld auf Forderung der Mansfelder Aktionäre. Heute brauchen die Hainold und Henkel sich gar nicht darum zu bemühen, das besorgt von ganz allein der SPD-Oberbürgermeister.

Kein Eisleber Arbeiter kann diesen Arbeiterfeind und elenden Demagogen wählen.
Geht Eure Stimme nur der Liste 3.

Die Korruptionen im Mansfelder Seektreis

Unter der Herrschaft des Landrats von Mettenheim wurden 450 000 Mark Verbandsparafinergelder in eine unrentable Schwefelfabrik in Leipzig angelegt. Mettenheim wurde dafür Aufseher. Bald darauf stellte sich heraus, daß das Geld verloren ist. Dieser Spolationslandrat mußte unter dem Druck der kommunizistischen Kreiszeitung verschwinden.

Regierungspräsident Czichner von Merseburg war an dieser Transaktion beteiligt.

Er sagte auf die Firma, doch übernahm er nicht die Bürgerpflicht. Auch der deutschnationale Kreisverwaltungsrat und Geschäftsführer der Schraplauer Kattwerke, Bräuning, ist mit dem sozialdemokratischen Kreisverwaltungsrat zusammen in allen Tönen gesungen.

In der letzten Zeit wurden eine Anzahl höherer Beträge in der Mansfelder Verbandsparafinerfabrik unterschlagen. So in Ostera 18 000 Mark, in Eisleben 12 000 Mark und in Schraplau 20 000 Mark. Die Kattierer der Ziffaten, die die Gelder unterschlagen haben, gehören politisch dem Einheitsheim und der Sozialdemokratie an.

Neun Millionen Einlagen hat die Mansfelder Verbandsparafinerfabrik erhalten, aber nur wenig verwendet. Dies geschieht nicht etwa daraus, daß die Verbandsparafinerfabrik zu niedrigen Zinssätzen verleiht, sondern nur deswegen, daß

eine kolossale Mißwirtschaft in diesem Unternehmen herrscht. Vor kurzem wurde ein Gebäude in der Lindenstraße in Eisleben gekauft, das nur einen Wert von 40 000 Mark hat, aber

SPD-Oberbürgermeister Claus erweist Bürgerkriegsübungen der Schupo

Als das Schupo Kommando noch in Eisleben die militärischen Übungen abgab. So auch im Jahre 1928. Vor uns liegt der „Kriegsplan“ über die Übung. In diesem werden die Aufgaben der Schupo, die Elemente und Wänderer gelistet. Bürgerkriegsübungen haben sie mitschuldig und als Geiseln festgehalten. Die Standbeur der Stadtoberordneten hat die Schupo Kommando abgemittelt.

Die Aufständigen müssen niedergeschlagen werden. Eine Schupo mit Offizier, „Spielern“ geht mit Schloß und gekümmert. Nachdem war große Gefährdung war auch umgeben und ganz kriegerisch über den militärischen Schupo. Wenn es einmal erdacht wird, dann wird derselbe Claus für ein Arbeiterversteck beim „Soldatenspiel“ in Verhaftet. Und dieser Wählerstand der Stadtoberordneten in Eisleben, die dem Arbeiterfeind.

Der sozialdemokratische Spitzenanführer (Claus) hat aber einen schändlichen Kampf für die Arbeiterheit gegen den Magistrat der Mansfelder U.G. durchgeführt.

Dieses Argument ist oberflächlich, elende Lüge. Claus ist es gewesen, der die Schupo in Eisleben gehalten sollte, um sie bei wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Arbeiterheit einzuschleichen. Davon zeugt ein Brief von Claus, den er an den früheren Kommandeur von Eisleben der Mansfelder U.G. geschrieben hat. Er sollte die Unterlagen verschaffen, nach folgenden Gesichtspunkten, die wir hiermit auszugeweiht veröffentlichten:

„Ich bitte Sie daher sehr ergebentlich, sobald als möglich mir die Unterlagen für meine Begründung übermitteln zu wollen. Sie schon unter Bezeichnung ergeben hat, müßte aus Ihrem Bericht hervorgehen, daß die Entfernung der Schupo nicht nur für Eisleben, sondern für die gesamten Mansfelder Lande ein unheilvoller Zustand sein würde, weil im Mansfelder Lande ein Industrieunternehmen ausgegliedert ist, das in Folge seiner schlechten wirtschaftlichen Lage nicht imstande ist, auskömmliche Löhne zu zahlen, wodurch die Beziehungen der Arbeiterheit zu den Eisenwerken zu erwarten sind, als in Gemeinden, in denen Untersuchungen ausfindig gemacht sind — wie z. B. die reiche chemische Industrie — die derzeitige Löhne zahlen, die ein Aufkommen der Arbeiterheit ausgegliedert erscheinen lassen.“

Für eine recht baldige Erledigung der Angelegenheit wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar.
An den Kommandeur der Schupo, Herrn Polizeimeister Jornaad, Eisleben.
Verständlich
ges.: Claus.

mit 60 000 Mark bezahlt wurde. Bei diesem Kauf wurde Jadamann aus Darmstadt herangeholt, der auch ein Mann folgte. Obendrein sind noch drei Verten an der Verwaltung nach Darmstadt gefahren. Die von 602 Mark verbrauchten. Wenn die Schupo für den Verbandsparafinerausfluß hätte, sind Schupoer für die 20 Mark bezahlt worden. Dabei haben die Schupoer als eine Lüge gebaut und fanden nicht während der

Gemäß den Verbandsparafinerstatuten ist es unzulässig, Schupoer an Orte zu befehlen.

Der Geschäftsführer der Verbandsparafinerfabrik hat die Verbandsparafinerfabrik für die Verbandsparafinerfabrik herabgeführt. Der Kreisverwaltungsrat hat hierüber dem Kreisrat Bericht gegeben.

Nachdem der Sozialdemokrat Fischer als Landrat der Mansfelder Seektreis kam, für die Mißwirtschaft in Eisleben wurde weiter getrieben. Der SPD-Landrat hat den landwirtschaftlichen Aushilfe gebrauchen das Kreisverwaltungsrat in Eisleben, Schupoer, die im Jahre in Eisleben ca. 50 000 Kilometer gefahren. Es wurde zu den sonstigen Vermögensgegenständen benutzt.

Für Kreisverwaltungsrat mußten extra Mittel ausfindig gemacht werden.

Der älteren ist pro Woche für Mittel ausfindig gemacht worden. Im September 1927 wurden 14 Tagen 500 Mark für Mittel ausfindig gemacht. Außerdem hat das Kreisverwaltungsrat die sozialdemokratische Seektreis in ihre Heimatstädte befördert.

Der „Arbeiter“ Landrat Fischer, der eine 21-Zimmer-Verwaltung besitzt, bekam und vielfache nicht ausfindig ließ sich vom Kreisverwaltungsrat 2000 Mark und danach nach Summen für private Inanspruchnahme bewilligen.

Fischer ließ sich in seine Wohnung ein Vermögen einbringen und seinen der Kreisverwaltungsrat einbringen. Zum Parteien der SPD in Eisleb hat er von Berlin mit dem Hinzuge, was der Kreis bezahlt hat. In Eisleben, Wohnung verbrauchte der Landrat Fischer monatlich 1000 Mark. Alles das mußten die Steuerzahler des Seektreis bringen.

Der neue sozialdemokratische Landrat Koch bewilligt dem Kreisverwaltungsrat die Agitationskosten der Wahlkampagne. Er führt den Parteiführer in der Kreisverwaltungsrat. Der Kreisverwaltungsrat hat die Mißwirtschaft im Mansfelder Seektreis herabgeführt, ist aber nicht so wie die sozialdemokratischen Seektreis funktionäre nach ihrer Konferenz in Halle den Kreisverwaltungsrat beauftragt.

Nach dem Landrat Koch von den deutschnationalen und demokratischen Kreisverwaltungsrat 500 Mark in Aushilfe für die „armen“ sozialdemokratischen Seektreis, meißer, Bürgermeister und Stadträte bewilligen.

Die wertvolle Bevölkerung des Mansfelder Seektreis für diese Mißwirtschaft die hohen Steuerzahler aufbringen. Die nationale und Sozialdemokraten haben diese Bevölkerung nicht bedacht. Deshalb gilt es, am 17. November mit diesen Parteien Abrechnung zu halten.

Jeder Kreisverwaltungsrat darf nur kommunizistisch sein.

Die Mansfelder U.G. wirft Inzidenzen an den Wählern

In Eisleben besitzt die Mansfelder U.G. ziemlich viele Häuser. Nach dem Miteigenschaft werden die Häuser an die Wähler zu mieten. Die Wähler, die die Häuser zu mieten geschrieben worden sind, erhalten von der Mansfelder U.G. eine Forderung, unerschützlich aus den Wohnungen auszuscheiden. 20-jährige und noch längerer Ausweisung wurde managen werden die alten Kumpeln mit ihrem Arbeitslohn und Gut an einem Betrugsbuch von den Mansfelder U.G. an das Erben verpfändet. Die Wähler, die die Häuser zu mieten geschrieben worden sind, erhalten von dem Miteigenschaftsbuch ein Mandat worden. Kein Sozialrentner und keine Witwen der Stadtoberordneten dürfen mieten. Die Wähler, die die Häuser zu mieten geschrieben worden sind, erhalten von den Stadtoberordneten ein Mandat, das die Interessen der Arbeiterheit bedacht.

Demagogische SPD.-Wahlparolen

Die SPD verbreitet in Eisleben Flugblätter, in denen sie erklärt, daß für die Senkung der Steuern für die wirtschaftlich Schwachen, für die Befestigung der Baracken in der Ernststraße und für den Neubau von Wohnungen durch die Stadt einzutreten. Trotzdem der sozialdemokratische Oberbürgermeister in seinen Amtsjahren Gelegenheit hatte, das eingetragene Wohnungsbauprogramm der SPD, in die Tat umzusetzen, hat er nichts getan. Heute verbreitet die SPD das Argument, daß

Claus hat nur kein einen Abbau beinahe ein Darlehen von 350 000 Mark für den Wohnungsbau erlangt hätte. Nur durch seinen Abbau sei der Neubau von Wohnungen gefördert. Dies ist eine elende Demagogie. Claus hatte in den früheren Jahren Gelegenheit, die verworrenen und verlassenen Baracken in der Ernststraße abbrechen zu lassen. Die SPD, hat dementsprechende Vor schläge im Stadtparlament gemacht, um neue Wohnungen zu bauen zu lassen. Diese Anträge wurden von den Bürgerlichen, Arbeitergemeinschaften, der Mitte und Sozialdemokraten zwar anerkannt, aber nicht durchgeführt. Wer dafür ist, daß nicht nur leeres Stroh am Stadtparlament geblasen wird, sondern die Forderungen im Interesse der Werktätigen auch in die Tat umgesetzt werden, der

wähle nur die Liste 3, der Kommunistischen Partei!

Die Gerbheider SPD. gegen die Erwerbslosen

Der Erfolg der SPD-Verfassungen in Gerbshaus ist ein großer. Deshalb hat die SPD, ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie eine Schimpfkanone gegen die Kommunisten vom Stapel läßt. Hierbei entpuppen sich die Sozialisten als die ärgsten Feinde der wertvollen Bevölkerung. Wörtlich heißt es in dem Flugblatt:

„Wollt ihr, daß die Hintermänner der SPD, und unehrliche Rückwärts, welche nur darauf eingestrichelt sind, die Sozialvergebung zu mißbrauchen, um den Zusammenhang herbeizuführen, in unser Stadtparlament einzutreten, dann wählt SPD.“

Hier bezeichnet die SPD, die Erwerbslosen als „unehrliche“, die „mißbrauchen“ die Sozialvergebung. Ganz offen heißt sie die Gerbheider SPD, — und nicht nur diese, sondern auch die Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie, das haben sie

bei ihrer Mitwirkung zur Versicherung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes gegen — gegen die wertvolle Bevölkerung ein. Bessere Vertreter ihrer Interessen kann sich die Bourgeoisie nicht wünschen.

Erwerbslose und wertvolle Bevölkerung, rechnet ab mit diesen sozialistischen, sozialreaktionären Schandbürgen! Wählt SPD.

Wem verdanken die Mansfelder Werttätigen die schlechten Verkehrsverhältnisse?

Im Provinziallandtag hat die kommunizistische Fraktion einen Antrag gestellt, daß die Mansfelder Kleinbahn wieder in Betrieb gesetzt würde. 14 Dispositiven mit etwa 50 000 bis 60 000 Einwohnern benötigen dieses Verkehrsmittel. Die Ombudsgesellschaften erheben derartige Fahrpreise, die die wertvolle Bevölkerung schwer aufbringen kann. Kostet doch eine Eins- und Rückfahrt von Dietrich bis Eisleben etwa 200 Mark. Der SPD-Antrag wurde im Provinziallandtag mit Mehrheit angenommen. Wörtlich heißt es in demselben:

„Weigert sich die Reichsverwaltung, so hat die Provinz die Kleinbahn in eigene Regie zu übernehmen.“

Trotz dieses Beschlusses hat die Provinzialverwaltung nach Scheitern der Verhandlungen mit der Reg. die Kleinbahn nicht in eigene Regie genommen. Am Gegenteil, heute werden die Schienen in den Straßen herausgerissen und die Dächlein amontiert. Im Interesse der Trübsbourgeoisie, der Mansfelder U.G., weigert sich die Regierung in der Provinz, die Forderung der Werttätigen durchzuführen. Deshalb geht keine Stimme den Bürgerlichen Parteien und der SPD, für den Provinziallandtag.

Deutschnationale-Sozialdemokratische Einheitsfront im Mansfelder Seektreis

Nach in jedem Kreiswahl, der jährlich stattfindet, hat die kommunizistische Kreisverwaltungsrat den Antrag gestellt, die Richtige für die Sozial- und Kleinrentner zu erhöhen. Doch die sozialdemokratische, Mittelstands- und deutschnationale Kreisverwaltungsrat wandten sich gegen eine Erhöhung der Rente. Sie lehnten den Antrag der SPD, ab. In der Dunkelkammer des Kreisverwaltungsrat wurden dann im Laufe von fünf Jahren die Richtige um nur 4 Mark pro Rentner erhöht.

Das ist eine Erhöhung der Rente von 13% Rente pro Tag. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten fünf Jahren im Vergleich zur Rentenverhöhung nicht gestiegen. Die deutschnationalen und Sozialdemokraten haben kein Verhältnis für die elende wirtschaftliche Lage der alten Hilfsbedürftigen.

Wählt Kommunisten!

Wählt nur Liste